

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen:

Titel: Unserem Morgenrot entgegen –
Arbeitsprogramm 2026-28

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:

Antragstext

1 “Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken!”

2 Dieser Ausspruch Rosa Luxemburgs beschreibt treffend die Welt, für deren
3 Verbesserung wir jeden Tag kämpfen. Doch der menschenverachtende Griff der
4 Autoritären, der Faschist*innen, der Kapitalist*innen wird enger und enger. Sie
5 wollen uns glauben machen, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit seien
6 Versprechungen einer alten Zeit.

7 Wir müssen uns dagegen wehren, diese Zeit und ihre ständig wachsenden
8 Belastungen zur neuen Normalität zu verklären. Diese Realität ist alltäglich für
9 die, die nicht zum reichsten Prozent unserer Gesellschaft gehören. Besonders
10 aber für alle Menschen, die aufgrund von Marginalisierungen bereits (mehrfach)
11 belastet sind. Wer in dieser Zeit auf die SPD in der Bundesregierung hofft,
12 bleibt bitter enttäuscht. Zwar gibt sie viel für den Erhalt des Status Quo, doch
13 nie genug und Fortschritt ist meist vergebens gesucht. Wir Jusos Sachsen wissen:
14 Für eine Rettung der Sozialdemokratie dürfen wir nicht auf die Bundesregierung
15 hoffen.

16 In Sachsen ist die SPD seit Dezember 2024 Teil einer Minderheitskoalition mit
17 der CDU. Diese Konstellation verhindert zwar den direkten Einfluss der AfD auf
18 Landesebene, doch sie macht auch deutlich, wie defensiv sozialdemokratische
19 Politik derzeit agiert. Als SPD sind wir zu oft nur Brandlöscher im politischen
20 Betrieb und zu selten sichtbare Kraft für gesellschaftliche Veränderung. Gerade
21 deshalb müssen wir uns wieder ein klares politisches Standing aufbauen, auch und

insbesondere abseits des Landtags.
Das alles stellt uns als Jugendverband in Sachsen vor große Herausforderungen.
Wir führen den Kampf gegen den Rechtsruck und seine fortschreitende
Normalisierung überall: Auf den Straßen, in Bündnissen, aber auch innerhalb der
SPD. Unsere Verantwortung ist groß. Doch auch wir Jusos Sachsen blicken auf
strukturelle Aufgaben, die wir zu meistern haben. Wir schrumpfen stetig – in
erster Linie, weil uns wesentlich mehr Genoss*innen über die Bioklippe
verlassen, als neu dazukommen. Daneben sehen wir nach wie vor, dass insbesondere
unsere ländlichen Unterbezirke um wenige Aktive ringen. Dies zu adressieren,
wird lebensentscheidend für die Zukunft unseres Jugendverbandes.
Aber genauso klar ist: Uns Jusos Sachsen zeichnet aus, dass wir nicht davor
zurückschrecken, die großen Probleme direkt zu adressieren. Wir sind
entschlossen, keine Gegend den Rechten zu überlassen. Wir setzen uns auf die
Straße, wo Nazis marschieren wollen. Wir werden laut, wenn die SPD ihren eigenen
Ansprüchen zuwider handelt. Wir wissen, wo wir hinwollen. Und wir wissen auch,
immer wenn es darauf ankommt, dann ist auf unsere Genoss*innen zu zählen.
Unser Kurs ist klar: Das gute Leben für alle. Unserem Morgenrot entgegen.

Unser Verband

Die Jusos Sachsen sind ein sozialistischer, feministischer,
internationalistischer, antirassistischer und antifaschistischer Jugendverband.
Auf diesen Grundwerten fußt unsere jede Arbeit.
Unsere Antwort auf die Widersprüche des Kapitalismus ist der **demokratische Sozialismus**. Die kapitalistische Wirtschaftsweise basiert darauf, dass eine
kleine Minderheit über Eigentum an Produktionsmitteln verfügt und sich den von
der Mehrheit erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum aneignet. Der grundlegende
Konflikt unserer Gesellschaftsordnung ist der Widerspruch zwischen Kapital und
Arbeit.
Diese Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Während wenige über große
Vermögen, Unternehmen und Infrastruktur verfügen, sind die meisten Menschen
darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Das führt zu wachsender
sozialer Ungleichheit und untergräbt demokratische Teilhabe. Denn
wirtschaftliche Macht wird immer auch zu politischer Macht.
Als Jungsozialist*innen wollen wir diese Verhältnisse nicht nur kritisieren,
sondern überwinden. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Produktion und
Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum demokratisch organisiert werden und
zentrale Bereiche der Wirtschaft nicht dem Profitinteresse weniger, sondern dem
Gemeinwohl dienen.
Demokratischer Sozialismus bedeutet für uns deshalb, die wirtschaftliche Macht
des Einzelnen zu begrenzen, gesellschaftliche Schlüsselbereiche zu
vergesellschaften und demokratische Kontrolle über Produktion, Infrastruktur und
Daseinsvorsorge auszubauen.
Wir wollen nicht nur das Brot, sondern die ganze Bäckerei: eine Gesellschaft der

Freien und Gleichen.

Feminismus ist für uns als Jungsozialist*innen ein zentraler Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses. Patriarchale Machtstrukturen prägen unsere Gesellschaft bis heute: Frauen, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen (FINTA*) sind von struktureller Diskriminierung, Ausbeutung, Gewalt und ökonomischer Benachteiligung betroffen.

Diese Ungleichheiten sind kein Zufall, sondern eng mit den bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen verbunden. Kapitalismus und Patriarchat stabilisieren sich gegenseitig. Besonders deutlich wird das in der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Noch immer leisten FINTA*-Personen den größten Teil der Care-Arbeit. Häufig unsichtbar, schlecht bezahlt oder gar unbezahlt.

Dies setzt sich bis in die Rente fort. Wer Kinder gebärt, erzieht oder Sorgeverantwortung übernimmt, ist besonders von Armut bedroht und betroffen.

Auch Vermögen, was im Osten bereits eine Rarität ist, wird vor allem von Männern gehalten. Diese systematische Abwertung reproduktiver Arbeit ist eine zentrale Grundlage des kapitalistischen Patriarchats.

Als Jungsozialist*innen kämpfen wir deshalb für einen sozialistischen Feminismus. Für uns gilt: Kein Feminismus ohne Sozialismus und kein Sozialismus ohne Feminismus. Die Überwindung patriarchaler Unterdrückung ist nur möglich, wenn wir auch die ökonomischen Grundlagen von Ungleichheit angreifen und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verändern.

Dabei ist uns bewusst, dass Diskriminierung unterschiedliche Formen annehmen kann und sich gegenseitig verstärkt. Sexismus wirkt häufig zusammen mit anderen Unterdrückungsverhältnissen wie Rassismus, Klassismus oder Ableismus. Eine feministische Politik muss diese Zusammenhänge in den Blick nehmen und solidarische Kämpfe gegen alle Formen von Diskriminierung führen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Geschlecht nicht mehr über Lebensrealitäten entscheidet und in der Menschen frei von patriarchalen Zwängen leben können. Dafür kämpfen wir gegen geschlechtsspezifische Gewalt, für die Vergesellschaftung von Care-Arbeit und für die Überwindung der patriarchalen und kapitalistischen Machtverhältnisse, die diese Ungleichheiten hervorbringen.

Als Jungsozialist*innen verstehen wir unseren politischen Kampf als international. Die Ausbeutung von Menschen und die Konzentration von Reichtum sind kein national begrenztes Problem, sondern Teil eines globalen kapitalistischen Systems. Deshalb können auch die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Emanzipation nicht an nationalen Grenzen enden. Internationale Solidarität ist für uns ein zentraler Bestandteil sozialistischer Politik. Die Interessen der Arbeiter*innen und Unterdrückten stehen weltweit den Interessen großer Konzerne, autoritärer Regime und nationalistischer Bewegungen

gegenüber. Unser Anspruch ist es, an der Seite all jener zu stehen, die für das Gute Leben für Alle kämpfen.

Globale Ungleichheit ist kein Naturzustand, sondern Ergebnis historischer und bis heute fortwirkender Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse. Der Wohlstand im globalen Norden basiert weiterhin auf Strukturen, die Menschen im globalen Süden systematisch benachteiligen. Während hier Reichtum konzentriert ist, tragen viele Gesellschaften im globalen Süden die sozialen und ökologischen Kosten, von Armut bis zu den Folgen der Klimakrise. Internationale Politik muss deshalb diese neokolonialen Machtverhältnisse aktiv überwinden und globale Gerechtigkeit durchsetzen.

Für uns bedeutet **Internationalismus** deshalb, solidarische Bündnisse über Grenzen hinweg aufzubauen und uns gegen Kapitalismus, Rassismus und autoritäre Politik zu stellen. Unser Ziel ist eine Welt, in der alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Lebensmöglichkeiten haben.

Antirassismus ist für uns als Jungsozialist*innen ein zentraler Bestandteil unseres politischen Selbstverständnisses. Rassismus ist tief in gesellschaftlichen Strukturen verankert. Menschen werden aufgrund zugeschriebener Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Kultur diskriminiert und systematisch benachteiligt.

Rassismus erfüllt dabei auch eine politische und ökonomische Funktion. Er spaltet die Gesellschaft, legitimiert Ungleichheit und dient immer wieder dazu, soziale Konflikte zu verschieben. Statt die Ursachen sozialer Ungleichheit in den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen zu suchen, werden Menschen gegeneinander ausgespielt. Rassistische Narrative richten sich dabei häufig gegen Migrant*innen und Geflüchtete und werden von rechten Kräften gezielt genutzt, um gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen. Als Jungsozialist*innen stellen wir uns diesen Entwicklungen entschieden entgegen. Wir kämpfen gegen jede Form von Rassismus, ob im Alltag, in staatlichen Institutionen oder in politischen Debatten.

Dabei ist uns bewusst, dass rassistische Strukturen auch in unserem Verband wirken. Gerade diejenigen von uns, die nicht selbst von Rassismus betroffen sind, tragen eine besondere Verantwortung, diese Strukturen zu reflektieren und abzubauen.

Rassistische Diskriminierung wirkt häufig mit anderen Formen von Unterdrückung zusammen, etwa mit Klassismus oder Sexismus. Eine antirassistische Politik muss deshalb solidarische Kämpfe gegen alle Formen von Diskriminierung verbinden. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Herkunft, Hautfarbe oder Religion keinen Einfluss auf die Lebensmöglichkeiten von Menschen haben und in der alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Antifaschismus ist für uns als Jungsozialist*innen nicht nur historische Verantwortung, sondern einer unserer wichtigsten politischen Aufträge in der Gegenwart. Faschistische und rechtsradikale Ideologien bedrohen Demokratie,

Menschenrechte und die Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft. Noch unmittelbarer ist die Bedrohung für unsere Genoss*innen und Verbündete vor Ort, die sich dem Rechtsruck mit seinen vielen Facetten entgegenstellen. Faschismus entsteht nicht im luftleeren Raum. Er ist Ausdruck gesellschaftlicher Krisen und wird immer wieder von Kräften genutzt, die bestehende Machtverhältnisse sichern wollen. Rechte Bewegungen versuchen, soziale Unsicherheit und politische Unzufriedenheit in Hass, Ausgrenzung und autoritäre Politik zu übersetzen. Dabei richten sich ihre Angriffe besonders gegen FINTA*, migrantisierte Menschen, Jüdinnen und Juden, queere Menschen, politische Gegner*innen und alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Der Kampf gegen den Faschismus ist für uns untrennbar mit dem Kampf gegen soziale Ungleichheit, Rassismus und patriarchale Machtverhältnisse verbunden. Eine Gesellschaft, die Menschen ausgrenzt und soziale Spaltungen vertieft, schafft den Nährboden für autoritäre Politik. Unser Ziel ist deshalb eine demokratische und solidarische Gesellschaft, in der faschistische Ideologien keinen Platz haben. ¡No pasarán!

Zentrale Projekte

In den kommenden zwei Jahren konzentriert sich unsere Arbeit darauf, unsere strategischen Ziele praktisch umzusetzen, den Verband weiterzuentwickeln und uns politisch auf das Superwahljahr 2029 vorzubereiten. Der Landesvorstand trifft politische und organisatorische Entscheidungen im Sinne des Verbandes zu treffen. Die Arbeit des Landesvorstands ist von gegenseitiger Rücksichtnahme auf die Fähigkeiten und Ressourcen der Landesvorstandsmitglieder geprägt. Um eine zielführende, vorbildliche und transparente Arbeitsweise weiter zu gewährleisten, schafft der Landesvorstand auf einer internen Klausur ein vertrauensbildendes Umfeld für die weitere Arbeit. Der Landesvorstand sucht den regelmäßigen Austausch mit den Unterbezirksvorständen, den Landeskoordinationen von JHGn und JSAG und der Anti-Diskriminierungs-Kommission. Die folgenden Projekte und Arbeitsschwerpunkte bilden dafür den Rahmen unserer Verbandsarbeit:

Kampagnen sind ein zentrales Instrument unserer politischen Arbeit. Mit ihnen wollen wir politische Themen setzen, Menschen ansprechen und unsere strategischen Ziele praktisch umsetzen. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Kampagne **Morgen gehört uns**, unter der wir junge Menschen in Sachsen ansprechen und mit ihnen über ihre Lebensrealitäten ins Gespräch kommen wollen. Die Kampagne soll politische Themen sichtbar machen und gleichzeitig dazu beitragen, neue Menschen für politische Arbeit zu gewinnen. Ein zentraler Bestandteil ist eine Sommer-vor-Ort-Kampagne, mit der wir im

ganzen Land präsent sein wollen. In einem Zeitraum von mehreren Wochen wollen wir gemeinsam mit den Strukturen vor Ort Aktionen in möglichst allen Unterbezirken durchführen. Ziel ist es, neue Kontakte zu knüpfen, Menschen für politische Arbeit zu gewinnen und unsere Strukturen vor Ort zu stärken. Die konkrete Ausgestaltung der Kampagne wird im Verband entwickelt. Entscheidend ist für uns, dass Kampagnen Gespräche mit jungen Menschen ermöglichen, politische Themen sichtbar machen und dazu beitragen, unser Netzwerk im ganzen Land auszubauen. Die Erfahrungen aus dieser Kampagnenarbeit sollen genutzt werden, um auch in Zukunft Kampagnen zu entwickeln, die unsere strategischen Ziele unterstützen und unsere politische Arbeit bündeln. Neben dieser langfristigen Kampagnenarbeit beteiligen wir uns auch an politischen Kampagnen und Aktionen zu zentralen politischen Anlässen im Jahresverlauf. Dazu gehören insbesondere Aktionen rund um den **1. Mai, den feministischen Kampftag, im Rahmen des CSDs, sowie Aktionen zum Black History Month und zum Ausbildungsstart**. Mit solchen Kampagnen wollen wir unsere politischen Positionen sichtbar machen, gesellschaftliche Debatten aufgreifen und gemeinsam mit Bündnispartner*innen Präsenz auf der Straße zeigen.

Ein **handlungsfähiger Verband** lebt von aktiven Mitgliedern, politischer Diskussion und gemeinsamen politischen Erfahrungen. Ein wichtiger Bestandteil davon ist eine bewusste Mitgliederarbeit. Neue Mitglieder sollen möglichst früh in die politische Arbeit eingebunden werden und Gelegenheit bekommen, andere Genoss*innen kennenzulernen und sich im Verband zu orientieren. Formate wie Neumitgliedertage sollen dabei helfen, den Einstieg in den Verband zu erleichtern und neue Kontakte zu schaffen. Im Januar 2026 haben wir erstmals eine Aktivenkonferenz in Dresden veranstaltet mit dem Fokus auf Skills und einem Ausblick auf die Projekte in diesem Jahr. An diesem Konzept wollen wir auch für die kommenden Jahre festhalten. Ein wichtiger Teil unserer Verbandsarbeit sind auch die Unterbezirke im ländlichen Raum. Viele unserer Strukturen arbeiten unter schwierigen Bedingungen: große Entfernungen, begrenzte Ressourcen und wenige Aktive erschweren kontinuierliche politische Arbeit. Gleichzeitig leisten Genoss*innen vor Ort oft unter großem persönlichem Einsatz politische Arbeit gegen rechte Hegemonie und gesellschaftliche Resignation. Wir wollen diese Arbeit stärker unterstützen und den Austausch im ganzen Land intensivieren. Gerade in ländlichen Regionen erreichen wir junge Menschen bisher zu selten, obwohl dort politische Auseinandersetzungen besonders zugespitzt geführt werden. Unser Anspruch ist es deshalb, die Zusammenarbeit im Verband zu stärken, Strukturen vor Ort zu unterstützen und jungen Menschen auch außerhalb der Städte eine starke jungsozialistische Stimme zu geben. Außerdem werden wir unsere Genoss*innen, die auf kommunaler Ebene in Mandat und Verantwortung sind, verstärkt vernetzen. Auf diese Weise wollen wir Synergieeffekte ermöglichen und in der Breite des Verbandes eine gute

Ausgangslage für die Kommunalwahlen in 2029 schaffen. Ausgangspunkt wird der Aktionstag: Kommunales sein.

Politische Bildung ist eine zentrale Grundlage für einen handlungsfähigen Verband. Um politische Entwicklungen einordnen, Strategien entwickeln und Verantwortung übernehmen zu können, braucht es Räume für Diskussion, Analyse und gemeinsames Lernen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Grundlagenbildung. Ohne stabiles Fundament wackelt jedes Haus.

In den kommenden Jahren wollen wir regelmäßig Formate organisieren, die die politische Bildung und den Austausch im Verband stärken. Dazu gehören insbesondere unsere thematischen Kongresse und Verbandswochenenden, aber auch Aktionstage und Online-Veranstaltungen.

Solche Formate sind immer auch eine wichtige Gelegenheit, Genoss*innen aus verschiedenen Teilen Sachsens miteinander zu vernetzen und neue Aktive in die Arbeit des Verbandes einzubinden. Außerdem wollen wir unsere politischen Kampagnen durch Artikel und Beiträge in die Mitgliedschaft flankieren. Als Teil unserer Bildungsarbeit wollen wir Angebote für internationalen Austausch sowie Gedenkstättenfahrten organisieren.

Um unsere politischen Themen sichtbar zu machen und Debatten mitzugestalten, wollen wir unsere **Öffentlichkeitsarbeit** weiterentwickeln. Eine klare und verständliche Kommunikation unserer politischen Positionen ist eine wichtige Voraussetzung, um junge Menschen zu erreichen und unsere politischen Anliegen in Partei und Gesellschaft einzubringen.

Dabei spielen insbesondere digitale Kommunikationskanäle eine wichtige Rolle. Social Media bietet uns die Möglichkeit, politische Inhalte niedrigschwellig zu vermitteln, aktuelle Debatten aufzugreifen und unsere politische Arbeit sichtbar zu machen. Gleichzeitig bleibt die klassische Pressearbeit für uns ein wichtiges Instrument, um unsere Positionen in öffentliche Diskussionen einzubringen.

Unser Ziel ist es, unsere Kampagnen und politischen Themen stärker sichtbar zu machen und den Verband als politische Stimme junger Menschen in Sachsen zu positionieren.

Ein solidarischer Verband braucht Strukturen, die Diskriminierung ernst nehmen und Betroffene unterstützen. **Awarenessarbeit** ist deshalb ein wichtiger Bestandteil unserer Verbandskultur. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, dass unsere bisherigen Strukturen weiterentwickelt werden müssen, damit sie den Anforderungen eines wachsenden und vielfältigen Verbandes gerecht werden. Deshalb wollen wir unser Awarenesskonzept überarbeiten und weiterentwickeln.

Die **landesweite FINTA*-Vernetzung** bauen wir aus.

Bündnis- und Netzwerkpartner*innen

Wir sind kritisch-solidarisch mit der **SPD Sachsen**. Unser Ziel ist eine Sozialdemokratie, die auch wieder, abseits des Landtags, aus der Gesellschaft heraus wirkt. Eine Mitgliederpartei, die organisiert, mobilisiert und Veränderungen durchsetzt. Die SPD muss wieder eine Partei der Arbeit sein, die konsequent die Interessen der Vielen gegen die Macht der Wenigen stellt. In den vergangenen Jahren hat die SPD durch das Mittragen neoliberaler Politik und sozialer Einschnitte Vertrauen verloren. Auch das wiederholte Mittragen migrationspolitischer Verschärfungen hat dazu beigetragen, dass rechte Narrative gestärkt statt zurückgedrängt wurden. Diese Entwicklung widerspricht unserem Anspruch an eine solidarische und internationalistische Sozialdemokratie. Gleichzeitig ist für uns klar: Die SPD bleibt ein zentraler Ort politischer Auseinandersetzung und Veränderung. Eine starke gesellschaftliche Linke wird es nur mit einer erneuerten Sozialdemokratie geben. Deshalb verstehen wir unsere Rolle nicht als bloße Kritik, sondern als organisierter Druck für einen klaren linken Kurs.

Das bedeutet konkret: Wir kämpfen für eine SPD, die Umverteilung konsequent durchsetzt, öffentliche Daseinsvorsorge stärkt, soziale Sicherheit garantiert und sich klar gegen jede Form von Spaltung und Diskriminierung stellt. Eine SPD, die sich nicht an vermeintlichen Mehrheiten orientiert, sondern selbst gesellschaftliche Mehrheiten für progressive Politik organisiert. Regierungsbeteiligung darf für uns kein Selbstzweck sein. Sozialdemokratische Politik muss sich an ihren eigenen Ansprüchen messen lassen und darf nicht hinter grundlegende Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, Antifaschismus und Internationalismus zurückfallen. Kompromisse gehören zur Regierung, aber sie dürfen niemals zur Aufgabe politischer Grundwerte führen. Der anstehende Grundsatzprogrammprozess der SPD ist dabei eine entscheidende Chance. Wir werden ihn nutzen, um unsere Perspektiven einzubringen und für eine klare inhaltliche Neuausrichtung zu streiten. Für uns ist klar: Eine glaubwürdige Sozialdemokratie entsteht nur dann, wenn sie wieder erkennbar für die Interessen der Vielen eintritt und den Mut hat, gesellschaftliche Konflikte zu benennen und politisch zu führen.

Als einer von 20 Landesverbänden und Bezirken der Jusos bringen wir uns auf der Bundesebene unseres Verbandes ein. Das geschieht auf dem Bundeskongress. Unsere Delegation sucht den Austausch mit Interessierten innerhalb unseres Landesverbandes. Genauso bringen wir uns als Jusos Sachsen aktiv in die inhaltliche Arbeit zwischen den Bukos auf Bundesebene ein. Besonders intensiv arbeiten wir mit unseren Genoss*innen aus den Ostverbänden zusammen.

Die Arbeit in Bündnissen sehen wir Jusos als Teil unserer Doppelstrategie an. Wir setzen nicht nur auf eine inhaltliche Veränderung der SPD, sondern sehen uns

307 auch als Teil einer aktiven und linken Zivilgesellschaft. Gerade in Sachsen ist
308 diese Vernetzung umso wichtiger, denn viele Projekte und Initiativen werden von
309 konservativer und rechter Seite immer wieder in ihrem Fortbestand bedroht und
310 ihre Arbeit erschwert.

311 Wir tragen Forderungen und Positionen von linken Initiativen, Bündnissen und
312 Verbänden, in denen sich junge Menschen mit linken und progressiven
313 Einstellungen organisieren, gezielt in die SPD hinein.

314 Dafür intensivieren wir unsere Bündnisarbeit mit der DGB-Jugend, der Grünen
315 Jugend, der Linksjugend sowie SJ - Die Falken, Fridays for Future und anderen
316 zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen, die unsere Werte vertreten.

317 Als antifaschistischer Verband engagieren wir uns zudem in antifaschistischen
318 Bündnissen und Netzwerken.

319 Wir ermutigen unsere eigenen Mitglieder durch wiederkehrende Bildungsarbeit zu
320 einem Engagement im Kontext unserer Bündnisarbeit.